

Presseerklärung für den 09.09.2021

Parteien im Klima-Check: Wie viel Klimaneutralität steckt in den Wahlprogrammen der Parteien?

Neue DIW Econ-Studie im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität

Berlin, 9. September 2021 – Alle Parteien mit Ausnahme der AfD bekennen sich in ihren Wahlprogrammen zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens und widmen lange Passagen der Klimapolitik. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind deutlich – jedoch liefert kein Programm schlüssige Konzepte, um die im neuen Klimaschutzgesetz (KSG) gesetzten Ziele für das Jahr 2030 vollständig zu erreichen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die DIW Econ GmbH, eine Tochter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität durchgeführt hat.

Ein wichtiger Beitrag zum Diskurs zu Plausibilitätsanalysen in der Klimapolitik

Die Autor:innen um Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW, leisten mit der Studie Pionierarbeit bei der Entwicklung von klimaschutzpolitischem Accounting. Im Rahmen der Studie wurde eigens eine Bewertungssystematik entwickelt, die im Diskurs zu Plausibilitätsanalysen in der Klimapolitik ein erster Schritt sein soll. Berücksichtigt werden die Vorgaben des KSG sowie der Ansatz, dass nur ein Mix verschiedener Politikansätze in der Lage ist, die drängenden Klimaschutzziele zu erreichen. Die Konzepte der Parteien lassen sich sowohl in den einzelnen Klimapolitikbereichen als auch insgesamt vergleichend bewerten.

Das Wahlprogramm der Grünen schneidet am besten ab, das Wahlprogramm der FDP am schlechtesten
Insgesamt erhält das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen die höchste Punktzahl aller bewerteten Programme. Es gelingt der Partei in allen Sektoren konkrete und weitestgehend geeignete Vorschläge zu präsentieren. Trotzdem reicht das Gesamtkonzept nicht aus, um die KSG Ziele bis 2030 zu erreichen. Die Linke landet auf dem zweiten Platz. Die Partei weist zwar gute Konzepte im Energie- und Verkehrssektor vor, allerdings vernachlässigt sie die Frage nach einer angemessenen CO₂-Bepreisung sowie Maßnahmen im Industriesektor und auf interantionaler Ebene. Die Parteien der

großen Koalition, CDU/CSU und SPD, liegen ungefähr gleichauf deutlich hinter der Linken. Ihre Vorschläge erkennen die klimapolitischen Herausforderungen zwar an, diese sind jedoch häufig weder konkret genug noch geeignet, um die großen Einsparziele in der verbleibenden knappen Zeit zu erreichen. Das Wahlprogramm der FDP erzielt den niedrigsten Wert. Zwar ist ihr Programm in Fragen der internationalen Klimapolitik sowie marktbasierter Maßnahmen, wie der CO₂-Bepreisung, gut aufgestellt. In den einzelnen Sektoren vernachlässigen sie jedoch spezifische Vorschläge, die mit Blick auf die knappe verbleibende Zeit zum Erreichen der Klimaschutzziele notwendig sind, um die Treibhausgasreduzierungsziele zu erfüllen.

Fazit: Kein Wahlprogramm genügt den KSG Zielen, deutliche Unterschiede zwischen den Parteien

Mit der vorliegenden Studie wird ein Beitrag zur Plausibilitätsüberprüfung klimapolitischer Konzepte geleistet. Fundiert auf wissenschaftlicher Literatur kann gezeigt werden, dass kein Wahlprogramm genügt, um die gesetzlich verankerten Reduktionsziele bis 2030 vollständig zu erreichen. Hinsichtlich des Grads der Zielerreichung gibt es zwischen den Programmen der Parteien allerdings deutliche Unterschiede. Prof. Dr. Claudia Kemfert sagt dazu: „Klimaschutz ist das zentrale Thema der kommenden Regierung. Zur Erfüllung der Klimaziele sind umfassende Maßnahmen erforderlich, die derzeit kaum eine Partei ausreichend im Wahlprogramm adressiert. Das ist in Summe ungenügend. Die Parteien sind aufgefordert, statt Gespensterdebatten endlich die notwendigen Inhalte für erfolgreichen Klimaschutz zu liefern.“

Die vollständige Studie ist ab Donnerstag, 09. September 2021, 11:30 Uhr, auf www.diw-econ.de einzusehen.

Für Rückfragen erreichen Sie Prof. Dr. Claudia Kemfert über presse@diw.de und sekretariat-evu@diw.de.